

## Piotr Buras

### 1945 und die Polen

„So viel Hitler war nie“ – schreibt der Jenaer Historiker Norbert Frei in seinem neuesten Buch „1945 und wir“.<sup>1</sup> Diese Formel, mit der Frei den jüngsten Erinnerungsboom an den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg in Deutschland zusammenfaßt, läßt sich auch – leicht abgewandelt – auf Polen beziehen. „Die Geschichte kehrt zurück“ – schrieb nicht von ungefähr ein liberal-konservativer Kommentator im Hinblick auf das ausgehende Jahr 2004.<sup>2</sup> Tatsächlich muss die Fülle historischer Themen, die im vorigen Jahr die polnische Öffentlichkeit beschäftigte, nachdenklich machen. Vom Warschauer Aufstand über den Entschädigungsstreit mit den deutschen Vertriebenen bis hin zum schwierigen Aussöhnungsprozess mit den Ukrainern in Bezug auf die Blutbäder in Wolhynien: der Zweite Weltkrieg macht nicht nur den Historikern, sondern auch Politikern und politisch interessierten Bürgern viel zu schaffen. Die Allgegenwärtigkeit der geschichtspolitischen Themen im öffentlichen Diskurs ist stärker denn je in der fünfzehnjährigen Geschichte der Dritten Republik.

Woran liegt diese Rückkehr der Geschichte, die nicht zuletzt von Verschiebungen in den gesellschaftlichen Einstellungen zur Vergangenheit begleitet wird und einige Beobachter geradezu von einer neuen Zäsur in der polnischen Erinnerungskultur sprechen lässt?<sup>3</sup> Auf den ersten Blick muss nach Erklärungen nicht lange gesucht werden. *Erstens* ist dafür natürlich die gegenwärtige Welle der Jahrestage mitverantwortlich. Schon im Juli 2003 wurde im ukrainischen Dorf Pawliwka unter Teilnahme der Staatspräsidenten Kwasniewski und Kutschma der 50.000 bis 60.000 polnischen Zivilisten gedacht, die 1943 einer Ermordungsaktion der ukrainischen Aufstandsarmee zum Opfer gefallen waren. Im August 2004 folgten die Feierlichkeiten anlässlich des 60. Jahrestages des Warschauer Aufstandes, einer beispiellosen Erhebung gegen die nationalsozialistische Herrschaft, bei deren Niederschlagung mehr als 200.000 Polen getötet wurden. Am 27. Januar 2005 – genau 60 Jahre nach seiner Befreiung – fand im ehemaligen

---

\* Piotr Buras, geb. 1974, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław.

1 Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen, C.H. Beck München 2005, S. 7.

2 Marek A. Cichocki, Historia powraca, „Rzeczpospolita“, 14.12.2004.

3 Vgl. Dariusz Gawin, Spór o piękne mity, „Rzeczpospolita“, 11.01.2005.

Konzentrationslager Auschwitz die zentrale Gedenkfeier statt, an der zahlreiche Staatsoberhäupter und Persönlichkeiten aus der ganzen Welt teilnahmen.

*Zweitens* ist die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ein fester Bestandteil des polnischen kollektiven Gedächtnisses, der leicht zu mobilisieren ist. „Die gespürten Folgen des Zweiten Weltkrieges zwingen uns immer zum Denken und Sprechen über diese Jahre“, schrieb der Historiker Tomasz Szarota. „Im Bildungs- und Erziehungssystem wird besonderer Wert auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs und der Okkupation gelegt. Die Ereignisse und die mit ihnen zusammen hängenden Personen sind immer in Fernsehen, Radio und Presse präsent“.<sup>4</sup> Nach den rühmlichen Ereignissen ihrer Geschichte gefragt, verweisen 25 Prozent der Polen eben auf den Zweiten Weltkrieg. Der Warschauer Aufstand, die Verteidigung Polens im September 1939 (Stichwort: Westerplatte) und die Befreiung vom Nationalsozialismus erfreuen sich im Schnitt einer um einen Prozentpunkt größeren Achtung in der Gesellschaft als die erfolgreichen 15 Jahre nach 1989.<sup>5</sup> Der Ausbruch des Krieges am 1. September 1939 wird von 12,9 Prozent der Polen für das wichtigste Ereignis des 20. Jahrhunderts gehalten, welches damit den ersten Platz in der Hierarchie einnimmt (knapp vor dem EU-Beitritt, dem 12,5 Prozent die größte Bedeutung attestieren)<sup>6</sup>.

*Drittens* ist das bevorstehende Aussterben der Zeitgenossen, auf das Frei das steigende Interesse an der 60 Jahre zurückliegenden Vergangenheit zurück führt, in wachsendem Maße für die polnische Debatte relevant. Das Bedürfnis nach der „Begegnung mit der Kriegsgeneration“ (Frei) ist auch für Polen kennzeichnend. In der Erinnerungsliteratur wird stärker den Familiengeschichten nachgegangen, wobei die Erzählungen der letzten Zeitzeugen des Zweiten Weltkrieges ein immer aufmerksameres Gehör finden. Dass diese uns künftig immer seltener mit ihren Erfahrungen zur Verfügung stehen werden, veranschaulichte besonders ausdrücklich der Tod des legendären „Kuriers aus Warschau“, Jan Nowak-Jezioranski, im Januar 2005. Damit musste sich Polen von einer Ikone des antinationalsozialistischen Widerstands verabschieden, die mit ihrem beeindruckenden Lebensweg als ein generationenübergreifendes Bindeglied seiner Erinnerungskultur fungierte. An seiner symbolischen Aussage hätte der Tod Nowak-Jezioranskis im Gedenkjahr 2005 kaum übertroffen werden können.

<sup>4</sup> Tomasz Szarota, Wojna na pocieszenie, „Gazeta Wyborcza“, 6.09.1996, zitiert nach: Krzysztof Ruchniewicz, Die historische Erinnerung in Polen, „Aus Politik und Zeitgeschichte“, B5-6/2005, S. 21.

<sup>5</sup> Vgl. die Ergebnisse einer Meinungsumfrage in: Duma i wstyd, „Gazeta Wyborcza“, 17.09.2004.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Meinungsumfrage der Zeitschrift GEO-Spezial (August–September 2004), zitiert nach: Lernt den Nachbarn kennen! „Deutsch-Polnisches Magazin Dialog“ Nr. 68, XVII. Jahrgang.

Die Brisanz der geschichtspolitischen Themen, die heute zu beobachten ist, hängt aber auch mit einem anderen Faktor zusammen. Der 60. Jahrestag des Kriegsendes ist nämlich vor allem eine Zeit des Nachdenkens darüber, welche Rolle der Geschichte im öffentlichen Leben überhaupt zukommen soll. Das gilt übrigens nicht nur für Polen, sondern auch für die meisten europäischen Nationen. Was und wie sollen wir uns erinnern – nicht als Einzelpersonen, sondern als politische Kollektive? Wieviel Geschichte brauchen wir für den Zusammenhalt? Soll der Zweite Weltkrieg der Dreh- und Angelpunkt unseres historischen Selbstverständnisses bleiben? Und wie verhält sich unser Geschichtsbild zu jenen unserer Nachbarnationen?

Der öffentliche Gebrauch der Vergangenheit ist in der Tat der eigentliche Gegenstand der meisten aktuellen Geschichtsdebatten. Nicht primär die Bewertung von Tatsachen und Analyse historischer Abläufe stehen dabei auf der Agenda, sondern die Art und Weise wie sie nach dem „Ende der Zeitgenossenschaft“ im Bewusstsein der Nachgeborenen aufbewahrt werden und welche Bedeutung ihnen im Nachhinein zugeschrieben wird. Das kollektive Gedächtnis wird nicht zuletzt durch öffentliche Rituale und andere verfestigte Formen des Gedenkens geprägt. Dafür ist eine *Erinnerungspolitik* zuständig; ein Stichwort, das in der polnischen Debatte Karriere macht. Die Erinnerung – vor allem jene an den Zweiten Weltkrieg – ist somit von der Politik nicht scharf zu trennen. Sie greift über die schlichte Geschichtswissenschaft und das individuelle Gedächtnis weit hinaus. Nicht selten wird sie selbst zum Politikum und sorgt für Polarisierung, Widerspruch und Kontroverse.

## **Die Debatte um den Warschauer Aufstand**

Die Feierlichkeiten anlässlich des 60. Jahrestages des Warschauer Aufstands am 1. August 2004 waren aller Wahrscheinlichkeit nach der Höhepunkt des polnischen Gedenkmarathons zur Vergangenheit des Zweiten Weltkrieges, ehe das Erinnerungsjahr 2005 überhaupt anbrach. Ohne Zweifel nimmt der Warschauer Aufstand in der polnischen Erinnerungslandschaft eine Sonderposition ein, nicht zuletzt wegen der komplizierten Geschichte der Erinnerung an dieses tragische Ereignis. Nach dem Krieg war die Erinnerung an den Aufstand zwar immer lebendig, konnte sich aber zu kommunistischen Zeiten nur unter anomalen Bedingungen entwickeln. Die Aufständischen hatten sich doch sowohl militärisch gegen die nationalsozialistische Herrschaft als auch politisch gegen die anziehende Rote Armee erhoben, um der drohenden Sowjetisierung Polens vorzubeugen. Für die polnischen Kommunisten galten sie daher als regimefeindliche Elemente. Viele Überlebende litten deshalb unter der Verfolgung durch die neuen Machthaber. Aus diesem Grunde war aber auch jede Kritik am Aufstand Wasser auf die Mühlen des kommunistischen Regimes. „Unter anständigen Menschen war es jahrelang verboten, skeptisch oder kritisch über den Aufstand zu diskutieren“ – be-

hauptet Historiker Tomasz Lubiencki.<sup>7</sup> Insofern wurde dessen Geschichte einerseits von den Anti-Kommunisten mythologisiert, andererseits durch die Kommunisten aus dem öffentlichen Diskurs weit gehend verdrängt.

Nach 1989 ist der Aufstand erwartungsgemäß zu einer nationalen wie staatlichen Ikone geworden. Wie sonst nichts in der jüngsten Geschichte eignet er sich als Symbol für den Kampf um Unabhängigkeit.<sup>8</sup> Erst nach dem Ende des Kommunismus war eine unvoreingenommene Debatte über den Warschauer Aufstand möglich, in der neben apogetischen auch kritische Stimmen zu Wort kamen. War die Entscheidung über den Ausbruch eines hoffnungslosen Kampfes, der 200.000 Menschen das Leben kostete, wirklich legitim? War er wirklich notwendig und unvermeidbar? Der Aufstand endete mit einer absoluten politischen und militärischen Niederlage, die praktisch vorprogrammiert war. War der Preis für dieses unerhörte Heldentum nicht zu groß? Die Bewunderung für den Mut und den Aufopferungswillen der Aufständischen standen natürlich nicht zur Debatte.

Die Minderheit der Kritiker fragte nach der politische Rason des Aufstands und bezweifelte, dass er sich als Bezugspunkt eines modernen polnischen Selbstverständnisses eignet. Als im Jahre 2000 im Warschauer Königsschloss eine Ausstellung „Helden unserer Freiheit“ eröffnet wurde, die unter anderem Bilder von Unabhängigkeitskämpfern präsentierte, kritisierte die liberale Presse, dass die Verbreitung solcher Verhaltensmuster als Wegweiser für die jüngere Generation unzeitgemäß ist. Die Befürworter solcher Aktionen argumentierten dagegen, sie seien „das beste Rezept gegen Amnesie“.<sup>9</sup> Insofern mündete die Diskussion um den Warschauer Aufstand rasch in die Debatte über die angestrebte Form des polnischen Patriotismus, der nationalen Identität und des Nationalstolzes.

Die vereinfachte Dichotomie von „Erinnern oder Vergessen“ bzw. „Martyrologie vs. Selbstkritik“ kann den Charakter dieses Streits wohl nicht wiedergeben. Vielmehr ging es um die angemessene Form des historischen Selbstbildes der Polen und des öffentlichen Gebrauchs von Geschichte. Nun standen sich Verfechter zweier geschichtspolitischen Optionen gegenüber. Die „Liberalen“ befürworteten einen individualistischen und unverkrampften Umgang mit der nationalen Geschichte (deren Ikonen wie den Warschauer Aufstand eingeschlossen), misstrauten dem Begriff des „Patriotismus“, den sie unterschwelliger nationalistischer Tendenzen verdächtigten und widersetzten sich einer „Heroisierung“ der Vergangenheit. Die „Konservativen“ legten dagegen besonders viel Wert

<sup>7</sup> Welcher Aufstand, welche Erinnerung? Der Warschauer Aufstand nach 60 Jahren (Andrzej Chojnowski, Włodzimierz Borodziej, Tomasz Lubiencki, Marian Wojciechowski, Andrzej Friszke), „Inter Finitimos. Jahrbuch zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte“, Nr. 2/2004, S. 78.

<sup>8</sup> Ausführlich über den Warschauer Aufstand und die Erinnerung an ihn: Welcher Aufstand, welche Erinnerung? Der Warschauer Aufstand nach 60 Jahren, S. 75-96.

<sup>9</sup> Kazimierz M. Ujazdowski, Recepta na amnezję, „Wprost“, Nr. 937, 12.11.2000.

darauf, die Erinnerung an die heroischen Traditionen der nationalen Geschichte (dem Warschauer Aufstand kam dabei eine besondere Bedeutung zu) als bestes Fundament gesellschaftlicher Solidarität zu bewahren.

Insbesondere für die Letzteren markiert das Jahr 2004 eine geschichtspolitische Zäsur, die ihre Linie zu stärken scheint. Die mit großem Aufwand organisierten Gedenkfeiern zum 60. Jahrestag des 1. August 1944 sowie die Eröffnung des Museums des Warschauer Aufstandes in Warschau belegen, dass die Bedeutung des kollektiven Gedächtnisses für den Zusammenhalt der Gesellschaft für die Mehrheit der Polen unbestritten ist. Anders als noch vor etwa zehn Jahren bestimmten nicht primär die Kontroversen über die Sinnhaftigkeit des Aufstandes und die „romantische“ Haltung der Führung den Tenor der Diskussionen. Sowohl die Politik als auch die Medien konzentrierten sich stattdessen auf Anerkennung für die letzten Überlebenden und Ehrenbietung für den heldenhaften Tod der Gefallenen.<sup>10</sup>

Ohne Zweifel ist die historische Auseinandersetzung um den Warschauer Aufstand damit nicht abgeschlossen. Soziologen sprechen vorsichtig von einem Wandel im sozialen Klima, der u.a. in der auffallenden „Verbreitung von historischem Gedächtnis“ seinen Niederschlag findet. „Der Stolz auf den Warschauer Aufstand hängt nicht mit der Katastrophe der Stadt zusammen, sondern mit der Manifestation einer Haltung, die für die heutige junge Generation naheliegend ist“.<sup>11</sup> Dieser Wandel bestimmt auch den Charakter des geschichtspolitischen Diskurses, der sich von jenem der 1990er Jahre sichtbar unterscheidet. „Die Polen entschieden, dass sie sich die Rückkehr der historischen Identität und des kollektiven Gedächtnisses in das öffentliche Leben ihres Staates wünschen. Sie haben gezeigt, dass sie ihre Geschichte affirmativ betrachten und sich über sie freuen und sie feiern möchten. Geschichte ist wieder ‚in‘ beurteilt ein Publizist der mittleren Generation die Ereignisse.“<sup>12</sup> Ob die Analyse richtig ist, sei soziologischen Untersuchungen überlassen, die bisher nur einzelne Phänomene (z.B. die Erinnerung an den Warschauer Aufstand) behandelten. Sie ist aber zweifellos Ausdruck für eine aktivere Vergangenheitspolitik, die aktuell viel Anklang findet.

## **Perspektivwechsel der polnischen Geschichtsbilder**

„Heute kann die Geschichte für uns nicht mehr ein Rettungsbrett sein, weil uns ihre immer stärker verbreitete Version Beispiele des menschlichen Verhaltens vor Augen führt, für die wir uns schämen sollen. Dieses Verständnis der eigenen Geschichte nimmt die Gestalt eines Projektes an, um eigene Identität auf der

---

<sup>10</sup> Vgl. Dariusz Karłowicz, *Niezgoda na amnezję*, „Rzeczpospolita“, 7.-8.08.2004.

<sup>11</sup> Edmund Wnuk-Lipiński, *Pamięć Powstania '44*, „Rzeczpospolita“, 28.12.2004.

<sup>12</sup> Marek A. Cichocki, *Anm.* 2.

Grundlage einer Schamgemeinschaft zu konstruieren, die an die deutsche ‚Vergangenheitsbewältigung‘ erinnert“, rechnete im Jahr 2002 ein konservativer Kommentator mit der polnischen Erinnerungskultur der 1990er Jahre ab.<sup>13</sup> Sein scharfes Urteil erklärt zu einem beträchtlichen Teil den Hintergrund der aktuellen Rückkehr des geschichtspolitischen Denkens. Ob diese Kritik berechtigt ist, wird je nach politischen Ansichten und Weltanschauung bewertet. Tatsache ist, dass diejenigen, die sich dieses negative Urteil zu Eigen machen, heute für sich zunehmend die Meinungsführerschaft in der öffentlichen Debatte beanspruchen können.

In den 1990er Jahren konzentrierte sich das öffentliche Interesse an der Vergangenheit hauptsächlich auf die Aufarbeitung der sog. „weißen Flecken in der Geschichte“. Dies betraf, schreibt ein polnischer Historiker, „vor allem Lücken und Fehler in den offiziellen Geschichtsdarstellungen zur Zeit des Kommunismus“.<sup>14</sup> So wurde vor allem die Geschichte der Volksrepublik Polen anhand der Dokumente aus den geöffneten Archiven praktisch neu geschrieben. Unter den vollkommen veränderten Forschungs- und Diskussionsbedingungen nach 1989 erodierte aber auch das Bild des Zweiten Weltkrieges. In seiner tradierten, stark polenzentrierten Darstellung wurde „stets betont, dass sich Polen als erstes Land Hitler widersetzte, dass es keine Quislinge gab, es nicht nur eine Opposition besaß, sondern einen Untergrundstaat geschaffen hat, und schließlich, dass die Polen proportional die größten menschlichen Verluste zu verzeichnen hatten“.<sup>15</sup> Diese Tatsachen waren und sind unbestritten, doch überdeckten sie „die Maßlosigkeit der eigenen Martyrologie und das Leiden anderer Nationen“<sup>16</sup>. Nach der Einführung der Meinungsfreiheit nach 1989 war es möglich, über die sowjetischen Repressionen und Besatzung zu sprechen, allen voran über den Angriff der UdSSR auf Polen am 17. September 1939 und die Massaker in Katyn, wo 1940 tausende polnischer Kriegsgefangenen (meistens Offiziere und Intellektuelle) auf Stalins Befehl ermordet wurden.

Während die offene Debatte über die Leiden, die Polen durch die Sowjets zugefügt worden waren, das historische Selbstbild der Nation weit gehend bestärkte, lief die Auseinandersetzung um die von den Kommunisten ebenfalls verdrängten Probleme der Vertreibung der Deutschen nach 1945 sowie der polnisch-jüdischen und polnisch-ukrainischen Beziehungen in der Zeit des Zweiten Weltkrieges auf dessen Infragestellung hinaus. „Sie alle hatten einen gemeinsamen Nenner: Sie verletzten das kollektive Selbstbild der Polen als der wichtig-

---

<sup>13</sup> Grzegorz Górný, *Kompleks polski*, „Rzeczpospolita“, 30.03.2002.

<sup>14</sup> Krzysztof Ruchniewicz, *Die historische Erinnerung in Polen*, „Aus Politik und Zeitgeschichte“, B5-6/2005, S. 19.

<sup>15</sup> Ebd., S. 21.

<sup>16</sup> Tomasz Szarota, Anm. 4.

ten (wenn nicht alleinigen) Opfer der nationalsozialistischen Besetzung des Landes“.<sup>17</sup> Ohne Zweifel entstand in Polen in den 1990er Jahre eine offene Erinnerungskultur, die eine selbstkritische, wenngleich oft leidvolle, Auseinandersetzung mit diesen Themen nicht scheute. Die Debatte über die Vertreibung der Deutschen folgte dem schon Anfang der 1980er Jahre vom polnischen Intellektuellen Jan Jozef Lipski abgesteckten Weg. Lipski hatte damals die Vertreibung „das Böse“ genannt und sich dem Konzept der Kollektivschuld widersetzt. An seine Worte erinnerte der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski in seiner berühmten Rede vor dem Deutschen Bundestag am 28. April 1995, in der er ausdrücklich – und im Namen des polnischen Volkes – bekannte, dass „die Täter auch Polen waren“ und „das Mitleid für die individuellen Schicksale und Leiden von Unschuldigen“ äußerte.<sup>18</sup>

In der Revision des Bildes des Zweiten Weltkrieges, in dem die Deutschen bisher ausschließlich als Täter und die Polen als Opfer erschienen, war diese Erkenntnis ein Meilenstein. Heute gehört das Thema zu den am besten aufgearbeiteten Problemen des 20. Jahrhunderts in der polnischen Geschichtsschreibung. Die intensive Debatte in den Medien hatte auch ihren Anteil an der Änderung der Einstellungen zu Deutschland<sup>19</sup> und förderte einen bewussteren Umgang mit dem deutschen Kulturerbe in Polen.

Auch die etwas später begonnene Debatte über die polnisch-ukrainischen Beziehungen in den 1940er Jahren stieß auf ein großes Echo. Unter anderem wurde die Aktion „Weichsel“ von 1947 thematisiert, in deren Rahmen auf Befehl der Regierung der Volksrepublik Polen tausende Ukrainer umgesiedelt und deren Dörfer zerstört wurden. Diese Diskussion lenkte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die bisher verdrängte Geschichte der Nationalitätenkonflikte in Südpolen, an denen nicht nur die Ukrainer (wie lange geglaubt), sondern auch die Polen einen beträchtlichen Teil der Schuld tragen.

Eine besondere Bedeutung für den „Abschied von der Martyrologie“ (Włodzimierz Borodziej) kam allerdings der Auseinandersetzung um die polnisch-jüdische Beziehungsgeschichte zu. Es waren erst die Anerkennung der Einzigartigkeit des Holocausts und dessen Enttabuisierung, die das martyrologische Bild Polens als des „einzigartigen Opfers“ im Zweiten Weltkrieg, das „in volks-

---

<sup>17</sup> Michał Bilewicz, Wyjaśnienie Jedwabnego: antysemityzm i postrzeganie trudnej przeszłości, in: Ireneusz Krzemiński (red.), antysemityzm w Polsce i na Ukrainie. Raport z badań, Warszawa 2004, S. 249.

<sup>18</sup> Władysław Bartoszewski, Pół wieku później, in: Polacy i Niemcy pół wieku później. Księga pamiątkowa dla Mieczysława Pszona, Kraków 1996, S. 190.

<sup>19</sup> Eine deutschsprachige Dokumentation der Anfangsphase dieser Diskussion: Klaus Bachmann/Jerzy Kranz (Hrsg.), Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen, Bonn 1998.

polnischen Zeiten entstanden war und von Staat und Gesellschaft vor 1989 forciert wurde<sup>20</sup>, wirklich in Frage stellen konnte. Zu kommunistischen Zeiten war die Martyrologie der Juden ein Tabu. Einerseits wollten die Kommunisten, die sich der nur begrenzten Unterstützung ihrer Herrschaft in der Gesellschaft bewusst waren, den Holocaust nicht exponieren, um den verbreiteten Stereotyp von *judeokomuna* (in dem Juden mit Kommunisten gleich gesetzt waren) nicht zu verstärken. Andererseits wollten viele Polen die Juden aus dem Gedächtnis verdrängen, weil sie in deren Wohnungen lebten und manchmal auch ein schlechtes Gewissen wegen ihrer eigenen Passivität hatten.<sup>21</sup> An die Stelle der Martyrologie der Juden trat im kollektiven Gedächtnis das martyrologische Bild der polnischen Geschichte. Am deutlichsten wurde es im Mythos von Auschwitz als dem Konzentrationslager, in dem hauptsächlich Polen ums Leben kamen.

Für die Entmythologisierung der polnisch-jüdischen Vergangenheit, die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in Polen sowie ein angemessenes Gedenken der jüdischen Opfer engagierte sich in den 1990er Jahren ein Großteil der polnischen Eliten. Im Zentrum der Debatte stand selbstverständlich der Zweite Weltkrieg, der Gegenstand einer „Konkurrenz der Erinnerungen“ (Ireneusz Krzeminski) zwischen Polen und Juden ist. Es sei unbestritten und verständlich, schreibt Krzeminski, dass in der allgemeinen Wahrnehmung der internationalen Öffentlichkeit die Erinnerung an den Holocaust den zentralen Platz einnehme. Alle anderen Opfer des Nationalsozialismus (u.a. Polen) seien angesichts der unvergleichbaren Tragödie des jüdischen Volkes praktisch aus dem Blickfeld der Nachgeborenen geraten. Gleichzeitig sei der Stereotyp vom polnischen Antisemitismus weltweit verbreitet.

Für die Aufarbeitung der polnischen Geschichte ergebe sich aber daraus ein Dilemma: „Die Abrechnung mit den historischen Schulden durch die Polen – sei es gegenüber den Juden oder Vertretern anderer Nationen, etwa den Ukrainern – fügt sich genau in das Bild, das im Bewusstsein der Welt dominiert. Es ist das Bild von den Polen als Antisemiten, deren Feindschaft gegenüber den Juden den Nazis in die Hände spielte. Die Aufarbeitung der Vergangenheit kann paradoxerweise einen Meinungswandel über Polen bewirken, beeinflusst allerdings auf keinen Fall das Bild der Geschichte. Und dort ist das polnische Leid und unsere leidvolle historische Erfahrung nicht vorhanden“.<sup>22</sup> Dass sich die Polen mit der Anerkennung des einzigartigen Schicksals der Juden im Zweiten Weltkrieg so

<sup>20</sup> Włodzimierz Borodziej, Abschied von der Martyrologie in Polen? in: Martin Sabrow/ Ralph Jessen/ Klaus Große Kracht (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Grosse Kontroversen seit 1945*, München 2003, S. 297.

<sup>21</sup> Vgl. die Aussage von Paweł Machcewicz in: Włodzimierz Borodziej, Paweł Machcewicz, Grzegorz Motyka, Feliks Tych, *Pamięć jako pole bitwy*, „Przegląd Polityczny“, Nr. 52-53/2001, S. 12.

<sup>22</sup> Ireneusz Krzeminski, *Cierpienia nasze i wasze*, „Rzeczpospolita“, 22.-23.11.2003.



schwer tun, erklärt Krzeminski mit einer Abwehrhaltung gegen das Ignorieren der polnischen Erinnerung. Den Befragten, die in einer großen Mehrheit z.B. Auschwitz vor allem als Ort der Vernichtung von „vielen Nationalitäten“ betrachten, unterstellt Krzeminski folgende Meinung: „Wenn sogar wir Polen anerkennen, dass die Vernichtung von Juden ein besonderes Ereignis war, das unvergleichbare Leiden zur Folge hatte, dann wird die Welt und wir selbst auch das Martyrium und die Opfer der eigenen Nation vergessen. Und doch erlitt kaum eine andere Nation außer den Juden soviel von den Deutschen – und nicht nur von ihnen – wie die Polen“.<sup>23</sup>

Der Höhe- und zugleich Wendepunkt der schwierigen Diskussion, die allerdings allmählich in die Richtung einer Annäherung der konkurrierenden Erinnerungen führte, war die Veröffentlichung des Buches von Jan Tomasz Gross „Nachbarn“ im Mai 2000. Er beschrieb darin einen Mord an Hunderten von Juden in einem kleinen Ort Jedwabne, den polnische Bürger (die „Nachbarn“) 1941 begangen haben sollen. Das Buch löste eine bislang beispiellose Kontroverse aus.<sup>24</sup> Die Tatsache, dass die Polen in Jedwabne sich an dem Mord beteiligten und ihn auch aller Wahrscheinlichkeit nach aus eigenen Stücken organisierten, erschütterte die Öffentlichkeit. Zwar war Jedwabne einer der wenigen Fälle eines anti-jüdischen Pogroms, den Polen ausgeführt haben, wobei die Mörder ausdrücklich gegen das von der Exilregierung erlassene Verbot von Gewaltakten handelten, doch war die Wirkung dieser Enthüllungen enorm. Die Jedwabne-Debatte beeinflusste dauerhaft das polnische Kollektivgedächtnis, wenngleich ihre Folgen sehr differenziert ausfallen.<sup>25</sup> „Wenn wir uns einer nationalen Gemeinschaft zugehörig fühlen und stolz sind auf das, was in unserer Vergangenheit rühmlich war, wenn wir uns als Angehörige einer weit gehend durch die Geschichte geprägten Gemeinschaft sehen, müssen wir uns auch an die von unseren Landsleuten begangenen Verbrechen erinnern“.<sup>26</sup> Diese Ansicht setzte sich weit gehend in der öffentlichen Debatte durch. Ein symbolisches Zeichen setzte der polnische Präsident Aleksander Kwasniewski, der an der Gedenkfeier zum 60. Jah-

---

<sup>23</sup> Ireneusz Krzeminski, *Pamięć polska i pamięć żydowska*, „Rzeczpospolita“, 19-20.07.2003.

<sup>24</sup> Für die Analyse der Debatte siehe: Włodzimierz Borodziej, Anm. 20.

<sup>25</sup> Wie Untersuchungen von 2002 belegen, verstärken sich in der polnischen Gesellschaft seit 1992 sowohl antisemitische Haltungen, als auch solche, die den Antisemitismus strikt ablehnen. Diese Polarisierung der Positionen belegt auch die sinkende Zahl derjenigen, die keine Meinung haben. Vgl. Ireneusz Krzeminski (red.), *Antysemityzm w Polsce i na Ukrainie. Raport z badań*, Warszawa 2004.

<sup>26</sup> Paweł Machcewicz, *Rund um Jedwabne*, in: Edmund Dmitrów/Paweł Machcewicz/Tomasz Szarota, *Der Beginn der Vernichtung. Zum Mord an den Juden in Jedwabne und Umgebung im Sommer 1941. Neue Forschungsergebnisse polnischer Historiker*, Osnabrück 2004, S. 31.

restag des Pogroms teilnahm und sich vor dem jüdischen Volk im eigenen Namen sowie „im Namen jener Polen, deren Gewissen dieser Mord berührt hat“ entschuldigte.<sup>27</sup>

Aus der heutigen Perspektive deutet aber vieles darauf hin, dass die Jedwabne-Debatte das geschichtspolitische Klima im Lande auch auf eine andere Art und Weise veränderte. Es kam die Befürchtung auf, „dass die Fokussierung auf die dunklen Seiten unserer Vergangenheit die Identität der nationalen Gemeinschaft verletzt, deren unabdingbarer Bestandteil die Kultivierung der Erinnerung an die positiven Vorbilder, an Heldentum und Leiden der Polen ist“.<sup>28</sup> Die Jedwabne-Debatte stand am Ende einer Dekade intensiver und selbstkritischer Geschichtsaufarbeitung, die aber in der Wahrnehmung vieler Polen mit der Zeit allzu sehr an „Selbstbeichtigung“ zu grenzen begann. Von einem Überfall der Geschichte der nationalen Schande auf die Geschichte des nationalen Ruhmes war nun die Rede. Diese Spannung zwischen konkurrierenden Geschichtsbildern wurde mit der Formel „Westerplatte oder Jedwabne?“ auf den Punkt gebracht.<sup>29</sup> War das polnische kollektive Gedächtnis in den 1990er Jahren in einem Gesundungsprozess nach den durch Kommunismus zugefügten Schäden begriffen, hat „Nachbarn“, so Włodzimierz Borodziej, „diesen Genesungsprozess durch die Wucht der Anklage unterbrochen, in Frage gestellt – vielleicht umkehrbar gemacht?“<sup>30</sup> Die jetzige Wende hin zu einer affirmativen Haltung zur polnischen Geschichte und Identität, das Interesse, das für ihre positiven Seiten aufgebracht wird, sowie die Forderungen nach einer intensiven Geschichtspolitik sind nur vor diesem Hintergrund zu verstehen. Die Kontroverse dauert aber an. Den Befürwortern des neuen Trends wird vorgehalten, sie ignorierten die Tatsache, dass es viele Identitäten und Gedächtnisse gibt. Sie möchten das „zugängliche historische Wissen zum Verfassen eines politischen Katechismus nutzen, der nach den kommenden Wahlen unter der Infamiedrohung für alle Bürger obligatorisch sein wird“.<sup>31</sup> „Ob sich daraus ein permanenter Diskurs entwickeln wird, oder ob zwei separate, miteinander nicht kommunizierende Erinnerungsgemeinschaften entstehen werden, ist nicht absehbar“.<sup>32</sup>

## Der internationale Kontext

Das Bild der vergangenheitspolitischen Gefühlslage 60 Jahre nach dem Kriegsende wäre nicht komplett, würde man nicht auch die äußeren Umstände mit einbeziehen. Der Kampf um die Erinnerung wird größtenteils auch im internationa-

<sup>27</sup> Vgl. Basil Kerski, Nierówne ofiary, „Gazeta Wyborcza“, 18-19.12.2004.

<sup>28</sup> Paweł Machcewicz, Anm. 27, S. 30.

<sup>29</sup> Andrzej Nowak, Westerplatte czy Jedwabne, „Rzeczpospolita“, 1.08.2001.

<sup>30</sup> Włodzimierz Borodziej, Anm. 20, S. 297.

<sup>31</sup> Jerzy Szacki, Odróżniać mitotwórstwo od szukania prawdy, „Rzeczpospolita“, 20.12.2004.

<sup>32</sup> Włodzimierz Borodziej, Anm. 20, S. 297.

len Kontext geführt und durch die Beziehungen zu anderen Ländern beeinflusst. „In der nächsten Zeit wird der Streit um die Erinnerung zunehmen. Eine Seite dieser Kontroverse behauptet, dass angesichts der aktuellen Fragen der internationalen Politik das historische Gedächtnis neutral bleiben muss (...) Die andere Seite sagt hingegen, dass das Anknüpfen an die Vergangenheit ein bedeutendes Instrument europäischer Politik ist. Die Bürgerplattform unterstützt eindeutig eben diese Auffassung. Sie ist der Meinung, dass eines der Merkmale der polnischen Außenpolitik der Widerspruch dagegen sein sollte, dass die polnische Erinnerung Gegenstand von Hohn und Verachtung anderer Nationen wird“ – äußerte vor kurzem Jan Rokita, der Vorsitzende und Kandidat auf den Posten des Ministerpräsidenten der Bürgerplattform (PO), die laut Umfragen die stärkste Partei in Polen ist.<sup>33</sup> Anlass für diese Äußerung war eine Kontroverse um die Beteiligung des polnischen Präsidenten an den bevorstehenden Gedenkfeiern zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs am 9. Mai 2005 in Moskau.

Anfang 2005 veröffentlichte das russische Außenministerium eine Erklärung, in der Polen und den baltischen Staaten vorgeworfen wurde, sie wollten die Geschichte des Zweiten Weltkriegs „neu schreiben“, was „ungerecht“ sei. Anstoß nahm die russische Behörde vor allem an der in diesen Staaten vorherrschenden Meinung, dass das Abkommen von Jalta verheerende Folgen für das östliche Europa hatte, indem es zum Verlust der Unabhängigkeit und Versklavung durch die Sowjets führte. Von Russland wird Jalta hingegen unverändert als Eckpfeiler der friedlichen Weltordnung nach 1945 und Erfolg der russischen Diplomatie angesehen. Während die baltischen Staaten von der Karte Europas verschwanden, verlor Polen ein Drittel seines Territoriums an die UdSSR und wurde gegen den Willen seiner Bevölkerung für ein halbes Jahrhundert einer kommunistischen Herrschaft unterworfen. Ohne Zweifel war die russische Kritik an der polnischen Interpretation eine Provokation, die zu einem Konflikt führen sollte, um das internationale Image Polens (das sich etwa in der ukrainischen Frage der russischen Politik widersetzte) zu beschädigen. In Bezug auf die Feierlichkeiten in Moskau war die polnische Öffentlichkeit gespalten und viele (auch die Oppositionsparteien) forderten eine Ablehnung der Teilnahme des polnischen Präsidenten als Protest gegen die Geschichtsfälschung. Allerdings verkündete Kwaśniewski am 9. März, dass er doch nach Moskau fahren würde, u. a. um dort „über die politischen Entscheidungen offen zu sprechen, die auf das Schicksal vieler Nationen Schatten geworfen hatten“.

Eine offensivere Vertretung und Verteidigung des polnischen Gedächtnisses, wie sie Rokita anmahnte, ließen in den letzten Monaten auch andere Ereignisse als unabdingbar erscheinen. Die in westlichen Medien auftauchende Bezeichnung „polnische Konzentrationslager“ rief eine landesweite Welle der Entzündung hervor. Als Reaktion darauf wurde von prominenten Intellektuellen eine

<sup>33</sup> Kwaśniewski pojedzie jednak do Moskwy, „Rzeczpospolita“, 10.03.2005.

„Gesellschaft für das Nationale Gedächtnis“ ins Leben gerufen. Diese forderte die polnische Regierung auf, „die Regierungen von Ländern, in denen solche Kommentare vorkommen, darauf hinzuweisen, dass sie auch eine Form der Auschwitz-Lüge sind“.<sup>34</sup> Die rechtskonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), der gute Aussichten auf ein Mitregieren eingeräumt werden, schlug vor, ein Institut für die Historische Wahrheit zu gründen, das mit der Aufgabe betraut würde, den guten Namen Polens zu verteidigen.<sup>35</sup> Im Vorfeld des 60. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz kam es darüber hinaus zu einem Eklat im Europäischen Parlament, als die sozialistische und die liberale Fraktion einen Resolutionsentwurf ablehnten, in dem die Rede vom KZ Auschwitz war, das „von den Deutschen erbaut wurde“. Der Streit um diese Formulierung (letztendlich einigte man sich auf „das nationalsozialistische KZ Auschwitz“) wurde in Polen mit Befremden registriert, als Beispiel für die Verunsicherung in der europäischen Erinnerungslandschaft. Dasselbe gilt für die Ablehnung einer von den polnischen Europaabgeordneten angeregten Gedenkminute für die stalinistischen Opfer von Katyn, die vom Parlamentsvorsitzenden Borell abgelehnt wurde.

Die Tonlage der polnischen geschichtspolitischen Debatte wird heute also maßgeblich sowohl durch eine Abwehrhaltung als auch durch den Ruf nach einer erinnerungspolitischen Offensive geprägt. Außer den oben erwähnten aktuellen Ereignissen, die eine solche Haltung befördern, ist auf zwei Prozesse hinzuweisen, die den unerlässlichen Kontext dieser Abhandlung ausmachen.

*Erstens* trugen die Debatte um das Zentrum gegen Vertreibungen sowie die Entschädigungsforderungen der deutschen Vertriebenen in einem nicht zu unterschätzenden Maße zur Verschärfung des Geschichtsdiskurses in Polen bei. Die polnische Diskussion über das Projekt von Erika Steinbach wurde intensiv und emotional geführt. Die Initiatorin, die angesichts ihrer zahlreichen für die polnische Öffentlichkeit inakzeptablen Äußerungen in Polen bereits diskreditiert ist, hat den deutsch-polnischen Dialog wesentlich erschwert. Die polnische Öffentlichkeit reagierte auf dieses Vorhaben eindeutig negativ. Es wurde die Gefahr gesehen, dass ein verkehrtes Bild vom Zweiten Weltkrieg entstehen könnte, in dem die Opfer Deutsche und Polen die Täter sein würden.<sup>36</sup> Man befürchtete auch eine Renationalisierung des deutschen Geschichtsbewusstseins, die eben in der Institutionalisierung des Gedenkens an die deutschen Opfer ihren Niederschlag hätte finden sollen. Ungeachtet dessen, dass die Idee des Zentrums von

<sup>34</sup> Apel Stowarzyszenia Pamięci Narodowej, „Rzeczpospolita“, 26.01.2005.

<sup>35</sup> Jarosław Kaczyński, Gość „Rzeczpospolitej“, W walce o prawdę historyczną, „Rzeczpospolita“, 31.01.2005.

<sup>36</sup> Für andere Argumente gegen das Zentrum siehe: Piotr Buras, Falscher Ansatz zum Gedenken, „Süddeutsche Zeitung“, 1.09.2003.

der Bundesregierung nicht unterstützt wurde, erblickte man darin das Beispiel einer erfolgreichen Vergangenheitspolitik, die Polen eben nicht hatte.

Noch stärker wirkten sich die von der so genannten „Preußischen Treuhänd“ vorgebrachten Entschädigungsforderungen der Vertriebenen auf die Stimmung im Lande aus. Obwohl nur von einer kleiner Privatinstitution gestellt, erweckten sie wegen einer unklaren Rechtslage und der anfangs bagatellisierenden Haltung der Bundesregierung erneut Misstrauen gegenüber Deutschland. Wichtiger noch: die Forderungen schufen das Gefühl „einer historischen Ungerechtigkeit“, das sich aus den historischen Erfahrungen der Polen aus dem Zweiten Weltkrieg wohl erklären lässt. Eine übertriebene und unter dem Druck der populistischen Parteien zustande gekommene Reaktion des polnischen Sejms auf diese Forderungen war die im September 2004 verabschiedete Resolution, in der das Parlament Kriegsreparationen von Deutschland forderte. Beide Auseinandersetzungen wurden als Etappen eines Erinnerungskampfes mit den Deutschen aufgefasst, in dem die polnische Position viel stärker als bisher vertreten werden müsse.

*Zweitens* zeigen die Diskussionen über Jalta und Katyn eine andere Dimension dieses Erinnerungskampfes, die über den polnischen Kontext hinaus greift. Es geht um die Frage, in wie weit die Erinnerung an den Kommunismus und seine Verbrechen, welche für das Gedächtnis der Osteuropäer ausnahmslos konstitutiv ist, in die gesamteuropäische Erinnerungskultur eingebaut werden kann. Ohne die Integration der historischen Erfahrungen im Bewusstsein der europäischen Nationen kann das politische Projekt der EU nicht gelingen. Allerdings weist die heutige Situation noch gravierende Defizite auf. In seinem Bemühen um das Zurechtrücken des europäischen Geschichtsbildes wird Polen sicherlich nicht allein bleiben (siehe die Ablehnung der Teilnahme an den Moskauer Feierlichkeiten durch die Staatsoberhäupter zweier baltischer Staaten). Sollte dies die Hauptaufgabe der polnischen Erinnerungspolitik sein, müsste man für dieses Vorhaben die Daumen drücken. Tomasz Lubiński ist zuzustimmen, wenn er schreibt, dass die Alternative, auf die er in einem Interview hinwies, dagegen nicht empfehlenswert ist: „Der [Warschauer] Aufstand zeige Europa, so sagte ein bekannter Politiker, ‚dass sie mit den Polen nicht so leichtes Spiel haben werden‘. Wenn das unser Beitrag zur Europäischen Gemeinschaft sein soll, dann vielen Dank“.<sup>37</sup>

---

<sup>37</sup> Welcher Aufstand, welche Erinnerung?, Anm. 7, S. 96.